



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

4. Ratssitzung vom 3. Juni 2026

165. 2025/321

**Postulat der SP-, FDP- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 09.07.2025:
Unterstützung der Wasserversorgungsgenossenschaft Eggberge im Kanton Uri
bei der Instandstellung der Wasserleitungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Rahel Habegger (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4875/2025): In diesem Vorstoss geht es nicht nur um die Wasserversorgung in Uri, sondern auch um Solidarität, die Grundversorgung und die partnerschaftliche Verantwortung zwischen Stadt- und Bergregionen. Der Vorstoss verlangt, dass der Stadtrat prüft, wie die Stadt Zürich die Instandstellung der Wasserleitungen der Wasserversorgungsgenossenschaft Eggberge finanziell oder materiell unterstützen kann. Seit dem Jahr 1998 besteht zwischen dem Gemeinderat der Stadt Zürich und dem Landrat des Kantons Uri der sogenannte Brückenschlag Uri-Zürich. Im Rahmen dieses Austauschs entstand der Kontakt, durch den wir auf das Anliegen aus Eggberge aufmerksam wurden. Das Postulat knüpft direkt an diese gewachsene Verbindung an und übersetzt den partnerschaftlichen Austausch in eine konkrete Form der Solidarität. Die Wasserversorgung ist ein elementares öffentliches Gut. Die Wasserversorgungsgenossenschaft Eggberge sichert seit Jahrzehnten die Versorgung der Bevölkerung und der Landwirtschaft in und rund um Eggberge. Gleichzeitig stellen die anstehenden Sanierungsarbeiten für die kleine Bergregion eine grosse finanzielle Belastung dar. Inzwischen liegen alle Baubewilligungen vor. Der Baustart soll voraussichtlich Ende des Sommers 2026 erfolgen. Dass eine finanzielle Unterstützung nach wie vor dringend benötigt wird, hat mir der Präsident der Wasserversorgungsgenossenschaft erst letzte Woche bestätigt. Gerade die wirtschaftlich starke Stadt Zürich sollte eine Unterstützung dort prüfen, wo sie mit verhältnismässig überschaubarem Aufwand eine grosse Wirkung erzielen kann. Das entspricht einer Politik, die auf Zusammenhalt statt auf Abgrenzung setzt. Zudem ist es sinnvoll, dass nachhaltige Lösungen wie eine materielle Unterstützung oder die Wiederverwendung von Infrastrukturteilen mitgedacht werden. Daher ist dieser Vorstoss pragmatisch, vernünftig und solidarisch.*

***Johann Widmer (SVP)** begründet den von Jean-Marc Jung (SVP) namens der SVP-Fraktion am 27. August 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, diese Wasserversorgung zu unterstützen, vor allem wenn keine offizielle Anfrage des Kantons Uri vorliegt. Wir müssen keine Entwicklungshilfe auf Vorrat leisten. Ich frage*



mich, wieso die Wasserversorgungsgenossenschaft nicht über Rückstellungen verfügt.

Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): *Dieser Vorstoss liest sich wie eine Art inländische Entwicklungshilfe. Abgesehen von der SP lehnen die Parteien, die den Vorstoss lanciert haben oder unterstützen, ähnliche Projekte im Ausland normalerweise ab. Interessant ist, dass keine Begründung gegeben wird, weshalb die Stadt das finanzieren soll. Der Brückenschlag ist nett, aber noch kein Grund für finanzielle Hilfe. Die Wasserversorgung ist Aufgabe des Kantons Uri. Dieser hat die fünftiefste Unternehmenssteuer im Land, fast sieben Prozentpunkte tiefer als der Kanton Zürich. Bei der Einkommenssteuer sieht es kaum besser aus. Die höhere Einkommens- wie auch die Vermögenssteuer ist viel tiefer als in der Stadt und im Kanton Zürich. Warum sollte man auch höhere Steuern eintreiben, wenn bei Löchern in der Kasse die Stadt Zürich einspringt? Es gibt absolut keinen materiellen Grund, wieso die Stadt Zürich das Projekt finanziell unterstützen sollte.*

Simone Widmer (Grüne): *Auch wir Grünen finden es ein wenig merkwürdig, dass die Stadt Zürich in einem Gebiet der Gemeinde Altdorf finanzielle oder materielle Unterstützung leisten soll. Ich schliesse mich der AL an. Altdorf hat einen Steuerfuss von 95 Prozent, während die Stadt Zürich einen Steuerfuss von 119 Prozent aufweist. Zudem finden wir, dass es nicht die Aufgabe Zürichs ist, in einem Gebiet Hilfe zu leisten, in dem sich neben einigen Landwirtschaftsbetrieben hauptsächlich Ferienwohnungen befinden.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Die reinen Prozentsätze sagen gar nichts aus. Diese sind innerhalb eines Kantons vergleichbar, aber über die Kantonsgrenzen hinweg vergleichen wir damit Äpfel aus dem Kanton Thurgau mit Aprikosen aus dem Wallis. Moritz Bögli (AL) war wohl bei einem anderen Anlass als ich. Ich weiss nicht, wie er reagieren würde, wenn wir bei der nächsten Unterstützung für Palästina so argumentieren würden. Ich glaube, man muss realistisch bleiben. Wir haben eine Partnerschaft mit dem Landrat des Kantons Uri. Ich glaube nicht, dass das einer der beiden Seiten schadet. Wir profitieren beidseitig davon, indem wir unseren Horizont erweitern können. Das täte gewissen Exponentinnen und Exponenten wahrscheinlich auch gut. Aus diesem Grund finde ich, dass wir den Kanton Uri bei Alltagsthemen unterstützen können, insbesondere bei diesem konkreten Projekt, bei dem wirklicher Handlungsbedarf besteht. Es gibt übrigens auch andere Gemeinden, mit denen wir kooperieren oder die Unterstützung leisten, wie Winterthur, Aarau, Wädenswil oder Baden. Abgesehen davon betreiben wir ja ständig Weltpolitik und Entwicklungshilfe. Entweder wir sind konsequent und tun gar nichts ausserhalb der Stadt Zürich – dann müssen wir aber auch die Entwicklungshilfe einstellen – oder aber wir sind ein bisschen offen und tolerant. Wir unterstützen den Vorstoss.*

Markus Merki (GLP): *Auch hier will ich an die Voten meiner Vorrednerinnen und Vorredner anschliessen. Ich werte es positiv, dass die AL und die Grünen für Steuersenkungen votieren. Andere Gemeinden haben tiefere Steuersätze. Das Ziel von Zürich sollte es sein, das ebenfalls zu erreichen. Wir sind gespannt darauf, was wir in der Steuerfussdis-*



kussion von diesen beiden Parteien hören werden. Grundsätzlich finden wir es sympathisch, dass aus dem Brückenschlag mit Uri etwas entsteht, und wollen die Zusammenarbeit aufrechterhalten. Warum aber ein Vorstoss nur für diese eine Wasserversorgung? Wenn wir mit dem Kanton Uri verhandelt sind, was ich positiv werte, müssten wir das Anliegen allgemein halten und die Urner generell bei der Wasserversorgung unterstützen. Das muss nicht einmal finanziell sein, sondern kann in Form eines Wissenstransfers geschehen. Wir werden keine Spielverderber sein und das Geschäft blockieren, wie es andere Parteien tun, sondern den Vorstoss unterstützen; weil wir die Partnerschaft hochhalten wollen, die wir seit dem Jahr 1998 pflegen. Zum Schluss noch eine Anmerkung: Unsere Urner Kolleginnen und Kollegen erhalten etwa 40 Prozent des Sitzungsgelds, das wir im Gemeinderat Zürich bekommen. Behalten Sie im Hinterkopf, dass dort ebenfalls tolle Arbeit geleistet wird, allerdings für weniger als die Hälfte von dem, was wir erhalten.

Moritz Bögli (AL): Markus Merki (GLP) hat einen wichtigen Punkt bezüglich des Steuersatzes angesprochen. Offensichtlich kann der Kanton Uri seine eigene Infrastruktur nicht finanzieren, sonst müsste die Stadt Zürich nicht aushelfen. Ich will sehr wohl einen Steuersatz, durch den Investitionen in die eigene Infrastruktur möglich sind, sodass man nicht bei anderen Kantonen anklopfen muss. Benedikt Gerth (Die Mitte), man kann auch nicht behaupten, dass die Steuerunterschiede irrelevant wären. Wenn man bspw. ein Vermögen von drei Millionen Franken hat, zahlt man im Kanton Uri nur halb so viele Steuern wie im Kanton Zürich. Gutverdienende mit 250 000 Franken Bruttoeinkommen zahlen in Uri knapp 25 Prozent weniger Steuern als in Zürich. Vor diesem Hintergrund ist es ein Hohn zu sagen, das zu finanzieren sei die Aufgabe der Stadt. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Uri ist gut und sinnvoll. Die Kooperation ist aber nicht dafür da, sich finanziell zu unterstützen. Es ist ausserdem eine innerschweizerische Kooperation. Der Vergleich mit Palästina – einem Gebiet, das in den letzten Jahren einen Genozid erlebt hat – ist absolut inakzeptabel und verhöhnt die Opfer in diesen Kriegsgebieten.

Martina Zürcher (FDP): Wenn Sie dem Kanton Uri nichts finanzieren wollen, müssen Sie beim nationalen Finanzausgleich ansetzen. Dieser basiert auf der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kantone. Steuern sind nicht statisch. Wenn Sie die Steuern um zwei Prozent erhöhen, haben Sie nicht automatisch zwei Prozent mehr Einnahmen. Genauso werden bei einer Steuerreduktion um zwei Prozent nicht direkt zwei Prozent weniger Einnahmen erzielt. Der Effekt ist in beide Richtungen dynamischer und oft grösser. Daher ist es nicht zielführend, Einkommenssteuern isoliert miteinander zu vergleichen. Zu sagen, der Kanton Uri müsse seine Steuern so ansetzen, dass er seine Infrastruktur bezahlen kann, ergibt im Kontext des Finanzausgleichs wenig Sinn. Dort wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Kantone nicht über die gleichen Voraussetzungen verfügen.

Martin Busekros (Grüne): Den nationalen Finanzausgleich gibt es ja bereits. Warum sollte also die Stadt über die Kantonsgrenze hinweg auf einer völlig willkürlichen Basis tätig werden? Die GLP ist sogar noch inkonsequenter, weil sie einen Kanton unterstützen will, der tiefe Steuern hat. Man erhebt Steuern, um die Infrastruktur zu finanzieren. Ihr plädiert immer für einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern. Es macht keinen Sinn,



dass wir Geld verschenken, wovon Leute profitieren, die in Eggberge ein Ferienhaus haben. Ihr fragt normalerweise, wer in einer Genossenschaft ist. Ich frage mich, wer ein Ferienhaus in Eggberge hat. Ich weiss wirklich nicht, was die SP-Fraktion hier geritten hat.

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Uri ist eine Randregion, kein Zentrum wie Zürich mit Flughafen und Hauptbahnhof, wo alle hinwollen. Ich bin in einer Randregion aufgewachsen. Dort muss man die Steuern tief halten, damit die Leute bleiben und nicht in Zentren wie Zürich abwandern. Erhöht man die Steuern, wie Moritz Bögli (AL) vorschlägt, gehen die Leute und man hätte gar kein Geld mehr für die Infrastruktur.*

Michael Schmid (AL): *Diese Lüge hört man von den Bürgerlichen immer wieder. Es wurde bereits mehrfach widerlegt, dass sich Unternehmen und Privatpersonen bei der Standortwahl nur nach dem Steuerfuss richten würden. Vielleicht schliesst ihr von euch auf alle. Für die meisten ist nicht nur das Geld relevant. Gerade in Zürich nimmt die Zahl der Vermögenden und Gutverdienenden zu, obwohl die Steuersätze höher sind.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Für alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die neu sind: Freuen Sie sich auf die Budgetdebatte, Sie haben heute den ersten Vorgeschmack auf die Steuerdiskussion bekommen. Ich erlaube mir, auf das Postulat zurückzukommen. Die Stadt Zürich besitzt die grösste Wasserversorgung in der Deutschschweiz. Wir haben damit ein grosses Kompetenzzentrum, über das wir andere Gemeinden beliefern. Wir suchen auch den Austausch mit ihnen. So können wir unser Wissen teilen, damit nicht jede Gemeinde in der Schweiz das gesamte Know-how selbst aufbauen muss. Dafür fehlt oft das Personal. Wir sind bereit, das Postulat entgegenzunehmen und zu prüfen, wie man Gemeinden mit der Kompetenz unserer Wasserversorgung unterstützen kann. Der Fokus liegt dabei auf der immateriellen Hilfe, also dem Weitergeben von Wissen, was ein wenig vom Postulatstext abweicht. Was hingegen nicht geht, ist, dass die Wasserversorgung selbst finanziell tätig wird. Der Grundauftrag ist kantonal gesetzlich vorgegeben. Finanzierungen anderer Wasserversorgungen sind nicht vorgesehen. Schliesslich werden die Infrastrukturen der Betriebe nicht über Steuern, sondern über Gebühren finanziert. Die Gebührenzahlenden in der Stadt Zürich kann man nicht dazu verpflichten, andere Gemeinden finanziell zu unterstützen. Es gibt aber einen Beitrag für Entwicklungshilfe an Berggemeinden. Wir werden im Rahmen des Postulats mit dem Präsidialdepartement klären, ob dieses Anliegen die Kriterien erfüllt und man dort finanziell tätig werden kann.*

Das Postulat wird mit 75 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat